

EINKAUFSALLIANZEN

Horizon will sich
freiwillig beschränken

Paris. Unter dem Druck der französischen Wettbewerbsbehörde hat sich die 2018 ins Leben gerufene Einkaufsallianz Horizon bereiterklärt, ihre nationalen Aktivitäten bei landwirtschaftsnahen Eigenmarken deutlich einzuschränken. Der Verbund aus den beiden Branchenriesen Casino und Auchan, dessen Großhandelspartner Schiever sowie der deutschen Metro will sich verpflichten, in zahlreichen Warengruppen, darunter Milch, Eier, Fischsuppen und einige Bioprodukte, seine Einkaufsmacht fünf Jahre lang nicht zu bündeln oder, wie bei Gemüse und Mehl, auf 15 Prozent des Marktvolumens zu begrenzen.

Seit der Verabschiedung des sogenannten Egalim-Gesetzes 2018 kann die französische Wettbewerbsbehörde bei Einkaufsallianzen von Amts wegen im Sinne des Lieferantenschutzes eingreifen. Bei Horizon befürchtet sie durch die Nachfragebündelung eine Schwächung gerade kleinerer Eigenmarkenhersteller und verminderten Wettbewerb unter den Händlern auf der Vertriebsseite. Dritte haben noch bis 24. Juli Zeit zur Stellungnahme, dann will die Behörde den Fall abschließen. *maq/lz 28-20*

TREUEPUNKTE

„Schweizer Qualität“
– made in China

Bad Homburg. Der Discounter Penny hat gegenüber der Wettbewerbszentrale wegen der aktuell laufenden Treuepunkteaktion eine Unterlassungserklärung abgegeben. Die Wettbewerbsbehüter hatten beantragt, dass die Messer, die verbilligt gegen Treuepunkte zu erwerben sind, mit einem Siegel als „Schweizer Qualität“ beworben werden. Die Produkte stammen in Wahrheit aus China. Penny darf die Aktion zu Ende führen. *lz 28-20*

LEBENSMITTELSICHERHEIT

Aldi veranstaltet
Experten-Workshop

Berlin. Aldi Nord und Süd sowie die österreichische Landesgesellschaft Hofer haben vergangene Woche erstmals einen Expertenworkshop zur Lebensmittelsicherheit veranstaltet. Nach LZ-Informationen nahmen mehr als 60 Lieferanten an der Videokonferenz zum Thema „Listerien“ teil. Es wurden unterschiedliche Best-Practice-Ansätze aus der Unternehmenspraxis vorgestellt. Zu den Referenten zählten Hendrik Wilking vom Robert-Koch-Institut und Roger Stephan, Direktor des Instituts für Lebensmittelsicherheit und Hygiene an der Universität Zürich. Aldi plant weitere Workshops. *lz 28-20*

VEGANER MILCHMACHER

Lidl verliert
Patentstreit

Mannheim. Lidl hat mit seinem veganen Milchmacher namens „Ernesto Veggie Drink Maker“ das Patent eines spanischen Kleinunternehmers verletzt, muss Schadenersatz zahlen – und dafür offenlegen, wie viele Plagiate verkauft wurden. Das hat das Landgericht Mannheim entschieden. Medienberichten zufolge hat der Discounter Berufung eingelegt. *lz 28-20*

Wettrennen ums beste Nährwertlogo

Vier EU-Staaten melden Nutri-Score an – Vier Skandinavien setzen auf „Keyhole“

Brüssel. Ende 2022 will Brüssel ein EU-weit einheitliches Nährwertlogo vorschlagen. Eine Ankündigung, die die Staaten unter Druck setzt, ihr präferiertes Modell regulatorisch festzuzurren.

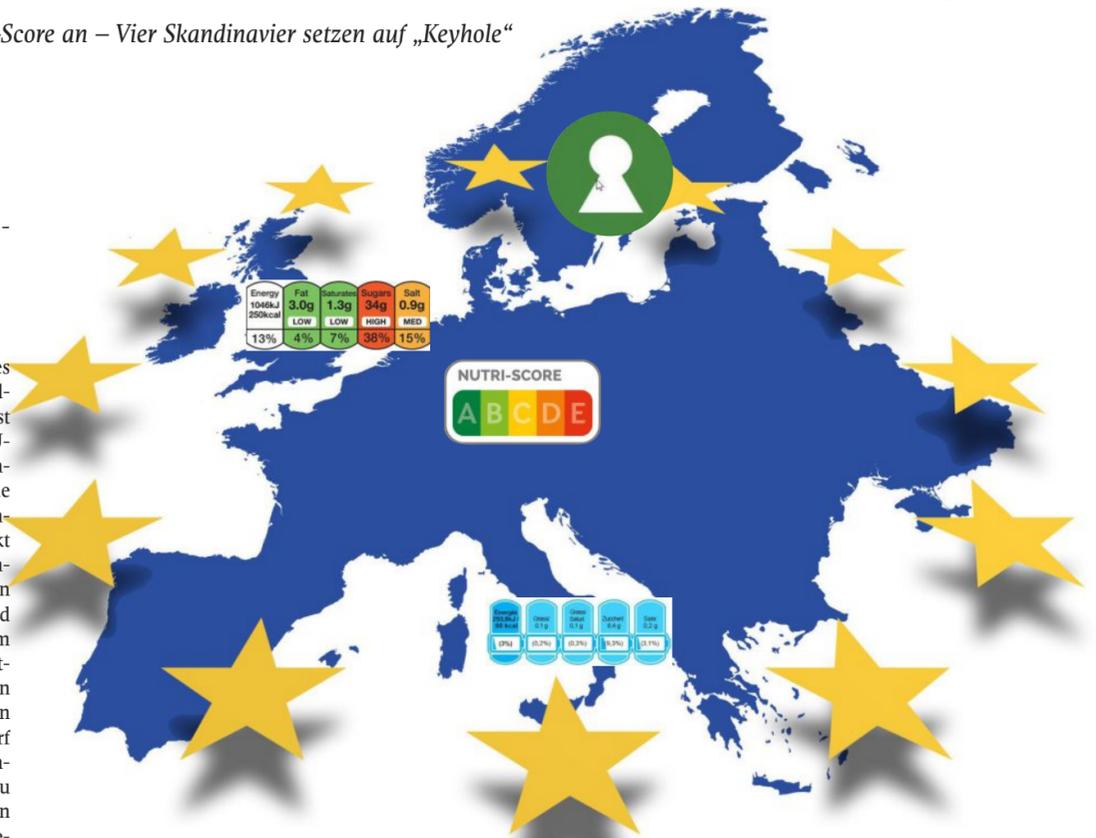
Manchen EU-Parlamentariern geht es nicht schnell genug: Warum Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides erst Ende 2022 ihren Vorschlag für eine EU-weit einheitliche Nährwertkennzeichnung unterbreiten will, fragten sie jüngst bei einer Aussprache im Umweltausschuss. Ein früherer Zeitpunkt sei unrealistisch, entgegneten die Kommissionsvertreter. Die Kommission müsse alle Stakeholder beteiligen und die EU-Lebensmittelbehörde Efsa um wissenschaftliche Stellungnahme bitten. „Wir hoffen, dass die Behörde den Nutri-Score-Algorithmus dann auch in Bezug auf den Nachbesserungsbedarf hin überprüft, den wir bereits 2019 angemeldet haben, um Widersprüche zu allgemeinen Ernährungsempfehlungen aufzulösen“, sagt Peter Loosen, Geschäftsführer beim Lebensmittelverband Deutschland.

In der Parlamentsdebatte betonten die Kommissionsvertreter – wie schon Ende Mai in ihrer „Farm to Fork“-Strategie – dass sich Nährwertkennzeichnung und Nährwertprofile (NWP) „wegen ihres engen Zusammenhangs“ als gemeinsames Thema anbieten. Die Wirtschaft beobachtet argwöhnisch, dass die Kommission – ebenfalls bis Ende 2022 – NWP festlegen will und damit ein seit rund zehn Jahren tot gebliebenes Vorhaben wiederbelebt: Grenzwerte für Nährstoffe wie Fett, Zucker und Salz, oberhalb derer nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben eingeschränkt oder verboten sein sollen.

Auch hierzulande steht das Thema plötzlich wieder auf der Agenda. Der Bundestag hat vergangene Woche einen Antrag zum Start der „Nationalen Diabetesstrategie“ beschlossen. Hierin wird die Regierung unter anderem aufgefordert, in der EU-Ratspräsidentschaft die Entwicklung von „europäischen Nährwertprofilen“ zu initiieren. Christoph Minhoff, Hauptgeschäftsführer des Lebensmittelverbands Deutschland, be-

zweifelt, „dass Marketingbeschränkungen mittels NWP positive Effekte etwa auf die Gewichtsentwicklung haben“.

Unterdessen reißt die Nutri-Score-Debatte in den europäischen Staaten nicht ab. Luxemburg hat nun seinen Entwurf zur Legitimierung des Logos Brüssel vorgelegt, zur Information der übrigen EU-Staaten. Das Großherzogtum ist damit der vierte EU-Staat, der Vorschriften zur freiwilligen Nutri-Score-Einführung notifiziert hat – nach Frankreich, Belgien, Deutschland. Das deutsche Ernährungsministerium strebt weiter an, dass seine Nutri-Score-Verordnung im Herbst in Kraft tritt, wie eine Sprecherin der LZ sagt. Franca Werhahn, Kanzlei Meyer Rechtsanwälte, macht auf einen praxisrelevanten Unterschied zum belgischen Entwurf aufmerksam: „Verpflichtet sich ein Unternehmen zur Anwendung des Nutri-Score, erstreckt sich diese Verpflichtung in Belgien auf alle Kategorien, in denen es Lebensmittel unter seiner Marke in den Verkehr bringt.“ Eine solche Regel sieht der deutsche Entwurf nicht vor. Insbesondere für global agierende Unternehmen sei-



Ende 2022 will
Brüssel ein EU-weit
einheitliches Nährwertlogo vorschlagen

Klößner will zweites Maut-Desaster vermeiden

Bundestag votiert mit breiter Mehrheit für Tierwohlabgabe – Skeptische Reaktionen aus dem Handel – Kartellamt warnt vor Eingriffen

Berlin. Der Bundestag unterstützt das Vorhaben von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klößner, eine Tierwohlabgabe einzuführen. Der Handel fürchtet um seine Tierwohlinitiative und pocht auf eine europäische Lösung.

„Auf keinen Fall darf eine Abgabe private Tierwohl-Initiativen wie die ITW beeinträchtigen“

Franz-Martin Rausch, BVLH

änderungen bei der Tierhaltung durch zusätzliche Steuern beschleunigt werden könnten, hänge von deren Ausgestaltung ab. Man prüfe die vorliegenden Informationen und könne erst dann eine Bewertung vornehmen, heißt es aus Köln. Am vergangenen Freitag hat der Bundestag mit den Stimmen der Großen Koalition, der Linken und der AfD einen Entschließungsantrag verabschiedet, der die Bundesregierung auffordert, die Vorschläge der Borchert-Kommission zum Umbau der Nutztierhaltung umzusetzen. Das Expertengremium schlägt zur Finanzierung der Stallumbauten eine Tierwohlabgabe von beispielsweise 40 Cent pro Kilo Fleisch und Wurst sowie zwei Cent pro Kilo für Milch und Milchprodukte vor.

Bundeslandwirtschaftsministerin Klößner macht sich seit den Corona-Vorfällen bei Tönnies für die im Februar vorgestellten Vorschläge der Borchert-Kommission stark. Im Nachgang

zum „Branchengespräch Fleisch“ vor zwei Wochen betonte sie jedoch auch, eine Tierwohlabgabe europarechtlich prüfen zu lassen. Die Bundesregierung will kein zweites Maut-Desaster erleben (siehe Seite 3). Die Vertreterin des Kartellamts warnte bei dem Termin nach LZ-Information vor Eingriffen in den Fleischmarkt. Es handle sich um einen intakten Angebotmarkt.

Kartellrechtler sehen auch die von Klößner ins Feld geführte Verschärfung des Verbots von Verkäufen unter Einstandspreis skeptisch: „Das geht an der Sache vorbei“, sagt Simon Spangler. Das Verbot diene dem Schutz kleinerer Händler vor Niedrigpreispraktiken großer Handelsunternehmen und habe keinen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen oder das Tierwohl in der Fleischbranche, so der Partner der Kanzlei Oppenhoff. „Wir warten erst einmal ab, was da an konkreten Vorschlägen kommt“, teilt das Kartellamt auf Anfrage mit. *be/lz 28-20*

Skandinavien wiederum notifizierte dieser Tage Ergänzungen zu seinem rund 30 Jahre alten „Schlüssellock“-Modell. „Dass Schweden, Norwegen, Dänemark und Island weiter auf ihr Modell setzen, macht schon deutlich, dass die Verständigung auf einen gemeinsamen Ansatz nicht leicht werden wird“, so Loosen. Als die Kommission ankündigte, in rund zwei Jahren einen Vorschlag für eine EU-weite Nährwertkennzeichnung machen zu wollen, erklärte sie, auf existierende Systeme aufbauen zu wollen. Man sei noch auf kein Konzept festgelegt. *gmf/lz 28-20*